2007/28 Ausland

https://jungle.world/artikel/2007/28/auf-high-heels-die-haft

Auf High-Heels in die Haft

Von **Jörn Schulz**

Die pakistanische Regierung hat die Kontrolle über viele Gebiete an der Grenze zu Afghanistan an die Islamisten verloren. Nun wird auch in der Hauptstadt Islamabad gekämpft.

Es hat eine gewisse Tradition in der islamischen Welt, dass Männer sich in Frauenkleidern davonzustehlen versuchen, wenn die Lage heikel wird. So konnten einige Kämpfer der Hamas in Gaza im November vergangenen Jahres verschleiert durch einen israelischen Belagerungsring schlüpfen. Weniger Glück hatte der irakische Premierminister Nuri al-Said nach dem Militärputsch 1958. Er versäumte es, passendes Schuhwerk anzulegen, wurde entdeckt und erschossen.

Maulana Abdul Aziz vermied diesen Anfängerfehler. Als er am Mittwoch der vergangenen Woche in eine Burka gehüllt gemeinsam mit etwa 50 Frauen die Rote Moschee in Islamabad verlassen wollte, trug er hochhackige Schuhe. Seinen Leibesumfang aber konnte er nicht verbergen, eine misstrauische Polizistin enttarnte ihn. Noch in seiner Burka wurde er vom staatlichen Fernsehen interviewt und rechtfertigte sich: »Die Religion erlaubt es, unter solchen Umständen still und heimlich zu gehen«, andernfalls hätten »die Studenten ihr Leben für mich geopfert«.

Dass der gefürchtete Geistliche über Nacht zur Witzfigur wurde, ist der wohl einzige erfreuliche Aspekt des Konflikts um die Rote Moschee. Bereits vor dem Sturmangriff starben mindestens 24 Menschen bei den Kämpfen in Islamabad. Die beiden Imame, Abdul Aziz und sein Bruder Abdul Rashid Ghazi, hatten mit Attentaten gedroht, falls ihre Moschee angegriffen werden sollte. Nach dem Beginn der Kämpfe kam es zu Anschlägen auf Militär und Polizei in verschiedenen Teilen des Landes, in Peshawar wurden drei chinesische Arbeiter ermordet, und nahe Khar versammelten sich 20 000 zum Teil bewaffnete Islamisten unter der Parole »Tod Musharraf«.

Die Brüder hatten alles getan, um eine Eskalation herbeizuführen. Sie bestritten nie, dass sie Kontakte zu al-Qaida hatten, noch nach seiner Verhaftung betonte Abdul Aziz das »Verhältnis von Liebe und Zuneigung mit allen jihadistischen Organisationen«. Monatelang hatten ihre Anhänger, vor allem mit langen Bambusstöcken bewaffnete, in eine Burka gehüllte Mädchen und Frauen, die Hauptstadt terrorisiert. Sie forderten die Schließung von CD- und DVD-Shops, in zwei Fällen entführten sie angebliche Bordellbesitzerinnen. Die

Regierung verhandelte und machte Zugeständnisse. Als die Polizei am Dienstag der vergangenen Woche vor der Moschee eine Straßensperre errichten wollte, griffen die Islamisten an, und offenbar haben Religionsstudenten die ersten Schüsse abgefeuert. Jenen, die am gleichen Tag die Rote Moschee freiwillig verließen, wurde sogar die Heimreise bezahlt.

Eine solche Toleranz ist ungewöhnlich in Pakistan. Unter der Herrschaft Präsident Pervez Musharrafs wird häufig schon aus geringerem Anlass auf Demonstranten geschossen. Viele Oppositionelle glauben, dass Musharraf den Konflikt inszeniert hat, um von **den Auseinandersetzungen wegen der Entlassung des Richters Iftikhar Chaudhry** abzulenken und sich dem Westen als Garant gegen eine islamistische Machtübernahme zu empfehlen.

Sollte das der Fall gewesen sein, hat Musharraf merkwürdige Vorstellungen von einer PR-Kampagne. Der Konflikt beweist, dass seine halbherzige Reformpolitik der »aufgeklärten Mäßigung« gescheitert ist. Die meisten Sharia-Gesetze, die unter der Militärdiktatur Zia ul-Haqqs eingeführt wurden, sind noch immer gültig, und die Religionsstudentinnen aus der Roten Moschee führten vor, wie erfolglos die Bemühungen um eine Reform der -Koranschulen waren.

Musharrafs Regime hat die Kontrolle über weite Teile der Grenzgebiete zu Afghanistan, der North West Frontier Province, der Stammesgebiete der Fata (Federally Administered Tribal Areas) und Balochistans, bereits an bewaffnete Islamisten verloren. Nun muss der Präsident sogar in der Hauptstadt Soldaten und Kampfhubschrauber einsetzen. Eine deutlichere Mahnung an die westlichen Regierungen, sich nach einem besseren Verbündeten im »war on terror« umzusehen, ist schwerlich vorstellbar.

Wahrscheinlicher ist, dass der Kampf um die Rote Moschee im Zusammenhang mit innerislamistischen Konflikten steht. Die Regierung hat mit einigem Erfolg versucht, in den Grenzgebieten zu Afghanistan konservative Clanführer und Teile der Taliban zum Kampf gegen al-Qaida, andere ausländische Jihadisten und mit ihnen verbündeten Taliban zu bewegen. Der Tod von Koranschülerinnen würde jene diskreditieren, die mit der Regierung kooperieren, das könnte die jihadistische Einheit vielleicht wiederherstellen.

Zur Solidarisierung gezwungen sind auch die islamistischen Organisationen, die sich in der Koalition MMA zusammengeschlossen haben. Die Jamiat Islami (JI), die älteste islamistische Partei Pakistans, repräsentiert die Mittel- und Oberschicht. Die städtischen Honoratioren misstrauen den Bauernlümmeln aus den Grenzprovinzen, die sich in den jihadistischen Koranschulen tummeln, und sehen in den unberechenbaren Predigern aus der Roten Moschee eine unerwünschte Konkurrenz. Es sei nicht richtig, »das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen«, sagte der JI-Führer Qazi Hussain Ahmad, doch schlimmer findet er »den Staatsterrorismus gegen solche Gruppen«. Die etablierten Islamisten nutzen den Konflikt für ihre Kampagne gegen Musharraf und präsentieren sich als Gemäßigte.

Das Problem Pakistans sind nicht allein die Jihadisten. Seit Jahrzehnten bedienen sich militärische und zivile Oligarchie der Islamisten zu politischen Zwecken und verschaffen ihnen so Einfluss in den staatlichen Institutionen. Auch Jihadisten schließen Bündnisse mit

Fraktionen der Oligarchie, gegen die sie so eifrig agitieren. In wechselnden Koalitionen versucht jeder jeden zu benutzen, und nun weiß niemand mehr, wer wessen nützlicher Idiot ist. Das Spiel um die Macht ist außer Kontrolle geraten.

Die Rote Moschee ist exemplarisch für das Zusammenspiel von Staat, Oligarchie und Islamismus. Zia ul-Haqq stellte das Grundstück in einem der besten Viertel der Haupstadt zur Verfügung. Für den Bau und Unterhalt einer Moschee und zweier Koranschulen spendeten hohe Offiziere und Geheimdienstler.

Im Jahr 2004 wurden Jihadisten aus der Roten Moschee der Planung terroristischer Anschläge beschuldigt, doch nach einer Intervention des Religionsministers Ijad ul-Haqq, eines Sohnes des Militärdiktators, endeten die Ermittlungen. Erst die Veröffentlichung einer Fatwa im folgenden Jahr, die es untersagte, Totengebete für Soldaten zu sprechen, die im Kampf gegen Islamisten getötet werden, führte zum Entzug der staatlichen Lizenz. Doch der Lehrbetrieb ging weiter.

Vielleicht war der Konflikt nicht das Ergebnis eines Plans, sondern die Folge des ideologischen Wahns der Jihadisten, der sie zur Eskalation zwang, nachdem der erste Schuss gefallen war. Dafür spricht der unrühmliche Abgang von Maulana Abdul Aziz, der sich ansonsten ja auch vorher hätte aus dem Staub machen können.

Am Dienstag vor Morgengrauen stürmte das Militär den Komplex, mindestens 58 Menschen wurden getötet. Die Kämpfe dauerten bei Redaktionsschluss an. Der Fanatismus der Islamisten und die Brutalität des Militärs haben ein pakistanisches Waco geschaffen, auf das sich Jihadisten in aller Welt in Zukunft zur Rechtfertigung ihres Terrors berufen werden.

© Jungle World Verlags GmbH